

<https://www.ln-online.de/nachrichten/3392793/wirbel-um-giftmuell-senator-spricht-von-panikmache>

Ein Müllumschlagplatz mit 250000 Tonnen Kapazität im Lübecker Hafen. Gegenüber von einem der wichtigsten Lebensmittelhersteller Lübecks.

Und von da aus direkt auf den Ihlenberg.

Der Umweltsenator hätte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen können, dass die Deponie Ihlenberg/Schönberg kein rechtsstaatliches Genehmigungsverfahren durchlaufen hat und noch nie eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht worden ist.

Sie bezieht sich immer noch auf eine DDR Genehmigung von 1980! Statt dessen wurde ein um 80% erhöhte Krebsrate bei den Deponiemitarbeitern festgestellt.

Richtig ist, dass gefährliche Abfälle in geeignete Entsorgungswege geleitet werden. Die kritische Haltung hat aber nichts mit dem St. Floriansprinzip zu tun, sondern ist geprägt von der Erfahrung der letzten 30 Jahre. Kaum vergeht nicht ein Jahr, in dem Müllskandale Schlagzeilen machen.

Aktuelle Beispiele:

Auf dem Gelände der Remondis in Lübeck explodieren /brennen mehrfach Giftmüllfässer aus der Ukraine, die laut Deklaration gar nicht brennen durften.

Asbestabfälle aus Wunstorf/Luthe sollten über 250km quer durch Norddeutschland transportiert werden, mit einer Gefährdung von Anwohnern wie es das Rechtsgutachten der Landesregierung festgestellt hat. Genehmigt durch staatliche Aufsichtsbehörden!

Uns fehlt eindeutig der Hinweis des Umweltsenators Möller, dass möglichst eine ortsnahe Entsorgung stattfinden sollte. Und schön wäre es gewesen, wenn er in Bezug auf den Ihlenberg darauf hingewiesen hätte, dass alleine schon nach dem Prinzip der Umweltgerechtigkeit die Menschen rund um die Deponie Schönberg / Ihlenberg ihre Last der europaweiten Giftmüllentsorgung getragen haben. So wie es die Landesregierung Schleswig-Holsteins den Menschen um die Sondermülldeponie Rondeshagen ebenfalls zugesteht. Mehr als eine Generation reicht !

Und wenn ersteinmal eine Genehmigung erteilt ist, wie diese auch ausgeschöpft, und da mit Müll enorm viel Geld verdient wird, wird der Antragssteller schon wissen, warum er auch asbesthaltige Abfälle umschlagen möchte.

Uns würde in diesem Zusammenhang auch die Haltung des Lebensmittelherstellers Brüggens interessieren, ist er überhaupt am Genehmigungsverfahren beteiligt worden?

Senator spricht von Panikmache • Nachrichten • LN-Online